

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 8

Artikel: Mit Kapital und Fachleuten ist es nicht getan
Autor: Oettli, Mascha
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336599>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

les conditions sociales des peuples se sont considérablement améliorées depuis un demi siècle, que la misère a presque disparu chez nous. Oui, dans une mesure appréciable, mais pas autant qu'ils le disent. Des statistiques récentes prouvent à l'évidence que les victimes de la misère sont encore bien nombreuses, hélas! En 1937, une enquête de la Société des Nations nous apprenait que dans les pays dits « civilisés » plus de 3 et demi millions de gens étaient morts, aux dires des médecins, faute de moyens suffisants de subsistance.

A la même époque on constatait qu'à Berne, une des villes européennes où le standard de vie est pourtant le plus élevé, la mortalité infantile, jusqu'à un an, était sensiblement plus forte chez les pauvres que chez les riches.

Il est donc de toute évidence que la pauvreté, la misère, exercent encore leurs ravages et que la vraie défense de la famille ne sera réalisée que le jour où l'on assurera — ce serait chose facile aujourd'hui — à tous les foyers, des ressources suffisantes, la sécurité et le bien-être.

Ces considérations devraient inspirer la politique sociale. Les gens qui luttent systématiquement contre toutes les revendications du prolétariat, même les plus légitimes, feraient bien de méditer ces choses et d'en tirer les conclusions qu'elles comportent.

MASCHA OETTLI

Mit Kapital und Fachleuten ist es nicht getan

Zum Problem der Hilfe an die wirtschaftlich unterentwickelten Länder

Mit Punkt vier seines Programmes vom Januar 1949, mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Hilfe an die wirtschaftlich unterentwickelten Länder, formulierte Präsident Truman einen Gedanken, der überall gute und hoffnungsvolle Aufnahme fand. Die Diskussion der Weltöffentlichkeit warf sich förmlich darauf, da er eine aufbauende Lösung versprach und sich daher zwischen allen Rüstungs- und Wehrprogrammen wohltuend ausnahm. Labour-England formulierte ähnliche Gedanken in seinem Vorschlag eines Weltplanes für gegenseitige Hilfe; auch dieser wurde mit größtem Interesse, ja mit Begeisterung aufgenommen.

In der Tat, der Gedanke der wirtschaftlichen Hilfe an die unterentwickelten, armen Gebiete, vor allem Asiens, Afrikas und Südamerikas, drängt sich aus verschiedenen Motiven auf: aus *politischen* Gründen, aus dem Wunsch

heraus, der Propaganda der Kommunisten in diesen Gebieten etwas Positives entgegenstellen zu können; dann aus *wirtschaftlichen* Gründen, aus der Erkenntnis heraus, daß der industrielle Fortschritt in den reicheren Ländern zurückgehalten wird, wenn nicht Schritte unternommen werden, um die Wirtschaft der übrigen Länder sowohl als Quellen für Rohstoffe wie auch als Absatzmärkte zu entwickeln; und nicht zuletzt aus Gründen der *Gerechtigkeit*. Ein solcher Plan könnte ein Stückchen Wiedergutmachung all dessen bedeuten, was die weißen Kolonisatoren und Ausbeuter den andern Völkern zugefügt haben. Hinzu kommt schließlich noch die Überzeugung, daß die Menschen der Erde nicht in Frieden leben können, solange der Unterschied in der Lebenshaltung so gewaltig ist wie heute.

Der *Verwirklichung* des Planes schienen keine unüberwindliche Hindernisse entgegenzustehen. Was fehlt den wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern vor allem? *Kapital*, um Investitionen vorzunehmen, um Verkehrswege und Elektrizitätswerke zu bauen, um Industrien neu zu gründen, und dann *Fachleute*, um dieses Kapital richtig einzusetzen. In mancher Rede der vergangenen Monate wurde somit die Forderung laut: Kapital und Fachleute für die unterentwickelten Gebiete! Es fehlt dem Gedanken nicht an Klarheit und Überzeugungskraft. Links und rechts stößt er auf Zustimmung. Und dennoch: seine Verwirklichung kommt nicht recht in Gang. Es geschieht noch wenig Sichtbares.

Gewiß: Der Koreakrieg ist inzwischen ausgebrochen. Er verschluckt Geld und Menschenkräfte, die sonst für eine solche Hilfe hätten eingesetzt werden können. Die Preise der Rohstoffe steigen, was einer Hilfe ebenfalls hinderlich im Wege steht. Alle diese Gründe reichen jedoch nicht aus zur Erklärung dafür, warum es mit der Hilfe an die unterentwickelten Länder nicht besser vorangeht. Die Ungeduld wächst. Denn könnte diese Hilfe nicht ein Mittel sein, um Einsparungen auf dem Gebiet der so unproduktiven militärischen Rüstungen zu ermöglichen?

So ist es dem Generalsekretariat der UNO als Verdienst zuzuschreiben, daß es eine Gruppe tüchtiger Experten beauftragte, einen Bericht auszuarbeiten über Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung unterentwickelter Länder. Er ist soeben in englischer Sprache erschienen («Measures for the Economic Development of Under-Develop countries», United Nations, 108 Seiten) und kann als eine Ergänzung betrachtet werden zu dem in dieser Zeitschrift vor einiger Zeit besprochenen Expertenbericht über die nationalen und internationalen Maßnahmen zur Sicherung der Vollbeschäftigung¹. Er

¹ «Rote Revue», Mai 1950.

zeichnet sich durch seine Offenheit und Klarheit aus und enthält eine Reihe von Gedanken, die das Problem der Hilfe auf einen neuen, realistischeren Boden stellen.

Der Bericht wirft die Frage auf, die bisher allzuwenig untersucht wurde: Woher kommt es, ganz allgemein gesehen, daß einzelne Länder sich wirtschaftlich entwickeln, daß die Gründung einer Industrie diejenige anderer nach sich zieht, daß die Landwirtschaft sich auf moderne Methoden umstellt, während in andern Gebieten nach wie vor das Stadium der Hausindustrie kaum überschritten wird und die Bauern noch die Pflüge aus Urgroßvaters Zeiten benützen, ja daß sogar manchmal Rückschritte zu verzeichnen sind, wie zum Beispiel in den Gebieten, die zur Zeit der Pharaonen dank künstlichen Bewässerungsanlagen reiche Ernten hervorbrachten und die heute verlandet, versteppt sind. Sind es wirtschaftliche Gründe, das Vorhandensein oder der Mangel an Rohstoffen, an natürlichen Verkehrswegen?

Die Experten halten andere Punkte für entscheidend: Wesentlich für den wirtschaftlichen Fortschritt ist, so erklären sie, daß das Volk selber den Fortschritt will, daß es an einen solchen glaubt. Wo aus Gründen einer weitverbreiteten Jenseits-Philosophie den materiellen Dingen wenig Bedeutung beigemessen wird, kann keine Wirtschaft sich entwickeln. Ein Volk wird sich ferner nur wenig Mühe geben, die Wirtschaft des Landes auszubauen, wenn eine *angesehene soziale Stellung* leichter auf andere Weise als durch die Produktion von Gütern erreicht werden kann. In feudalen oder sonstwie aristokratischen Ländern, wo Machtpositionen eher ererbt als erarbeitet werden, wird sich die Energie vorwärtsstrebender Menschen weit weniger auf die Entwicklung der Wirtschaft konzentrieren als auf die Erlernung von Fähigkeiten, die es ihnen ermöglichen, Macht auszuüben, in der Eigenschaft von Offizieren, Priestern und Beamten.

Wirtschaftlicher Fortschritt wird auch ausbleiben, wo *Großgrundeigentum* besteht und die Gesetze des Landes die Pächter zuwenig schützen, wo deren Einkommen so gering sind, daß sie nicht in der Lage sind, Investitionen vorzunehmen; wo die Bauern überschuldet und die Betriebe allzusehr zersplittert sind. Ebenso kann wirtschaftlicher Fortschritt sich nicht einfinden, wo das Ritual der Landbebauung von Priestern vorgeschrieben und jeder, der Neuerungen einführt, als Ketzer betrachtet wird, ferner wo die ungleiche Verteilung des Reichtums große Massen des Volkes in Armut und Unwissenheit läßt. Der Expertenbericht scheut sich nicht, festzustellen: Rascher wirtschaftlicher Fortschritt ist nicht möglich ohne schmerzhaftes Umwälzen. Alte Glaubenslehren müssen revidiert, soziale Institutionen verändert werden. Zahlreiche Leute, die unfähig sind, sich anzupassen, werden ihr bisher be-

quemes Leben gefährdet sehen. Wenige Gemeinschaften sind bereit, diesen vollen Preis für den wirtschaftlichen Fortschritt zu zahlen. Es gibt eine Anzahl zurückgebliebener Länder, in denen die ökonomische und politische Macht in den Händen einer kleinen Gruppe liegt, die alles für die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien einsetzt und damit die Aussichten für einen wirtschaftlichen Fortschritt auslöscht – es sei denn, eine soziale Revolution bringe eine Umschichtung der Verteilung des Einkommens und der Machtverhältnisse. So weit die Ansicht der Experten.

Es sind also vor allem *politische* und *soziale* Gründe, die den raschen wirtschaftlichen Ausbau vieler Länder hindern. Das ist einer der tieferen Gründe, warum es mit der Verwirklichung des Planes «Kapital und Fachleute zur Entwicklung der zurückgebliebenen Länder» nicht recht vorangeht. Die *erste Empfehlung* der Experten bezieht sich denn auch auf dieses Gebiet: Die Regierung soll dem Volk ihren Willen klarlegen, energische Aktionen zu unternehmen, um die Hindernisse wegzuräumen auf dem Weg zu freien und gleichen Möglichkeiten, Hindernisse, die die Initiative lähmen und die Anstrengungen des Volkes entmutigen. Dazu gehören eine Bodenreform, die Abschaffung der Privilegien der Rasse, der Farbe, der Kaste und des Glaubens, eine fortschrittliche Steuerpolitik und ein Programm für die Volks-erziehung. – Für uns Sozialisten ist dieses Resultat der Untersuchungen der Experten nicht überraschend. Keiner von uns wird jedoch daran zweifeln, daß die Befolgung dieser Empfehlung nicht einfach ist, läuft sie doch in vielen Ländern auf nichts anderes als auf eine Umstürzung der bisherigen sozialen Verhältnisse hinaus.

Eines der Hauptmerkmale der unterentwickelten Gebiete ist der *niedere Stand der Technik*. Der Unterschied der Technik zwischen wirtschaftlich fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Ländern wird in der Tat immer größer. In diesem Punkt ist nach Ansicht der Experten ein gewisser Optimismus erlaubt. Zurückgebliebene Länder können Ergebnisse der langjährigen technischen Erfahrung aus andern Ländern fertig übernehmen – natürlich unter Beachtung gewisser notwendiger Anpassungen an die besondern lokalen Verhältnisse. So schätzen die Experten, daß zum Beispiel in der Landwirtschaft eine 50prozentige Erhöhung vieler Ernten im Laufe von zwei Dezen-nien oder weniger möglich sein sollte bei Anwendung neuzeitlicher Düngungs- und Schädlingsbekämpfungsmethoden, bei Benutzung besseren Saatgutes und bei Beachtung eines zweckmäßigen Fruchtwechsels. Auf diesem Gebiet kann auch das Beispiel von Nachbar zu Nachbar rasch ansteckend wirken. Allerdings gibt es auch hier Schwierigkeiten: In wirtschaftlich entwickelten Ländern, insbesondere in solchen mit Vollbeschäftigung, zielt die Technik vor

allem auf Einsparung von Arbeitskräften unter Verwendung von Maschinen, also von Kapital. Dies ist jedoch gerade der schwächste Punkt in den zurückgebliebenen Ländern. Dort sind Arbeitskräfte meist in Überzahl vorhanden; was mangelt, ist Kapital.

Damit kommen wir zu einer weiteren, bereits erwähnten Bedingung der wirtschaftlichen Entwicklung: zum *Vorhandensein von Kapital*. Wo die Bauern zu arm sind, um Maschinen, Dünger und Saatgut zu kaufen, nützen ihnen die modernsten Erkenntnisse nichts. Technischer Fortschritt wird nur möglich sein, wenn Kapital investiert wird in Maschinen und Geräten, aber auch in der *Ausbildung von Menschen*. Eines muß Hand in Hand mit dem andern gehen.

Solange die Ausbildung der einheimischen Bevölkerung, deren technische Schulung, noch zurückbleibt, werden *ausländische Techniker und Fachleute* nötig sein. Gerade diese sind aber auch in den entwickelten Ländern rar. Sie werden nur bei guter Bezahlung kommen. Der Unterschied in der Bezahlung der ausländischen Techniker und der einheimischen Arbeitskräfte war oft so groß, daß in der Bevölkerung ein starkes Ressentiment entstand, nahe verwandt mit heftigem Widerstand gegen imperialistische Herrschaft und Ausbeutung. Das ist der Grund, warum es nötig sein wird, soweit wie möglich einheimisches Personal heranzuziehen. Dabei dürfen bei der Ausbildung von Technikern zu Beginn nicht zu hohe Anforderungen gestellt werden, damit möglichst weite Schichten erfaßt werden können.

Schwieriger wird die ebenso dringende Ausbildung von einheimischen *Administratoren und Organisatoren* sein. Die Kunst der Verwaltung und der Organisation kann nicht in Schulen erworben werden, sondern nur in der Praxis. In Gebieten mit weitausgedehnter Selbstverwaltung wird die Ausbildung von Administratoren daher schneller vor sich gehen als in Ländern, wo eine privilegierte Clique das Land beherrscht.

Wirtschaftlicher Fortschritt ist, wie gesagt, unter anderm eine Funktion der Kapitalbildung. In manchen Ländern mit raschem wirtschaftlichem Fortschritt beläuft sich die Netto-Kapitalbildung auf mindestens 10 Prozent des Volkseinkommens, in einigen Ländern sogar noch auf mehr. In zurückgebliebenen Ländern beträgt der Satz kaum 5 Prozent, selbst unter Einbeziehung des ausländischen Kapitals. Oft genug hält die Kapitalbildung kaum Schritt mit dem Wachstum der Bevölkerung, so daß überhaupt kein Kapital vorhanden ist, um den Lebensstandard zu heben. Das Problem, wie die Kapitalbildung gesteigert werden kann, ist daher von größter Bedeutung.

Die erste Frage, die die Experten in diesem Zusammenhang stellen, ist die: Wie kann erreicht werden, daß die Privatvermögen in den unterentwickelten

Ländern, die heute oft vorhanden sind, jedoch in Gold oder ausländischen Devisen gehortet werden, der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zugeführt werden? Das Problem stellt sich vor allem in Süd- und Südostasien und im Mittleren Osten. In manchen dieser Gebiete beträgt das gehortete Vermögen 10 Prozent des Volkseinkommens. Selbstverständlich kann dieses gehortete Vermögen nur einmal ausgegeben werden. Auf fünf Jahre verteilt, würde dies jedoch einen Kapitalzustrom von 2 Prozent des Volkseinkommens ausmachen. Es sollte daher versucht werden, dieses private Vermögen heranzuziehen. Daß privates Vermögen gehortet wird, liegt zum Teil daran, daß die Regierungen nicht den nötigen Schutz des Eigentums bieten, oder auch an ihrer Steuerpolitik.

Ein weiteres Übel besteht darin, daß, wo Kapital investiert wird, dies oft nur auf gewissen Gebieten geschieht. Privates Kapital wird mit Vorliebe in *Boden* angelegt – wodurch lediglich die Bodenpreise steigen – oder in gut bekannten, sicheren Handelszweigen. Wenn gebaut wird, dann in den Hauptstädten, dies besonders dann, wenn inflationistische Preiserhöhungen drohen. Die Experten sind der Ansicht, ein *Bewilligungsverfahren für Neubauten* wäre am besten geeignet, solche Fehlinvestitionen zu vermeiden.

In gewissen unterentwickelten Gebieten machen *ausländische Gesellschaften ungeheure Gewinne*, zum Beispiel weil die Regierungen ihnen das Recht der Ausbeutung natürlicher Rohstoffquellen verkauft haben, ohne entsprechende Abgaben zu verlangen – zum Teil, weil sie den Wert dieser Ausbeutungsrechte nicht erkennen konnten, zum Teil aus bloßer Korruption oder auf ausländischen Druck hin. Auch hier lägen Möglichkeiten der Kapitalbildung.

Eine weitere Erhöhung der Kapitalakkumulation wäre denkbar durch *Senkung des Konsums*. Eine Verminderung des Massenkonsums wird allerdings für die wenigsten Gebiete in Frage kommen. Von Bedeutung könnte es jedoch sein, wenn die mittleren und höheren Klassen gezwungen werden könnten, von ihrem oft luxuriösen Lebensstandard etwas herabzusteigen. Mit Steuern allein wird das allerdings kaum zu erreichen sein, denn gerade die oberen Klassen antworten auf erhöhte Steuern öfter mit einer Herabsetzung der Ersparnisse als durch eine Senkung des Konsums. Importkontrollen für Luxusprodukte sowie Luxussteuern könnten wirksam sein.

Es ist wahrscheinlich, daß dort, wo die Entwicklung zweckmäßig vor sich geht, das neugebildete Kapital weitgehend *durch die Hände der Regierung* fließen wird, zum Beispiel auf dem Weg der Besteuerung oder durch Gewährung von ausländischen Krediten an die Regierungen. In diesem Zusammenhang weisen die Experten auf eine Gefahr hin, daß nämlich die Regierungen einen zu großen Teil des zur Verfügung stehenden Kapitals in öffentlichen

Unternehmungen investieren, in Straßen usw., während es den Privatunternehmungen, zum Beispiel den Bauern, an Kapital fehlt. Ist nicht jede Regierung versucht, das, was sie baut, groß und als bleibendes Werk zu erstellen, auch wenn das Volkseinkommen solche Bauten nicht rechtfertigt? Oft wäre es zunächst wichtiger, Kapital zum Beispiel über Kreditinstitute an die Bauern weiterzuleiten.

Wachstum der Bevölkerung

Das oft rasche Wachstum der Bevölkerung ist ein wichtiges Element des wirtschaftlichen Ausbaus. In gewissen unterentwickelten Gebieten ist die Rate der Bevölkerungsvermehrung hoch und ständig im Steigen begriffen (weil durch die Verbesserung der Hygiene die Sterblichkeit sinkt, die Geburtenzahl sich jedoch gleich bleibt). In Latein-Amerika wird zum Beispiel eine Bevölkerungsvermehrung von 2,25 Prozent im Jahr erwartet in der Zeitspanne von 1950–1960, in Südzentralasien (Indien, Pakistan, Ceylon usw.) von 1,5 Prozent. Diese Bevölkerungsvermehrung führt oft zu pessimistischen Betrachtungen. Die Experten sehen jedoch keinen Grund, warum es bei genügender Anstrengung nicht möglich sein sollte, das Volkseinkommen mehr zu steigern, als der Bevölkerungsvermehrung entspricht. Sie sehen darin nur einen Ansporn, sich noch mehr anzustrengen, um die Wirtschaft dieser Gebiete zu entwickeln.

Ein Sinken des ohnehin niedrigen Lebensstandards bei wachsender Bevölkerung kann allerdings nur vermieden werden bei steigender Kapitalbildung. Es wird geschätzt, daß für eine Bevölkerungsvermehrung von 1 Prozent das neu zu beschaffende Kapital 2 bis 5 Prozent des Volkseinkommens beträgt (wenn der Lebensstandard nicht sinken soll). Ein unterentwickeltes Land mit einer Bevölkerungsvermehrung von 1,5 Prozent pro Jahr wird daher zur Versorgung dieses Zuwachses gerade so viel Kapital benötigen, wie normalerweise gespart wird, so daß eine Steigerung des Lebensstandards nicht möglich ist. Ja, es gibt Länder, wo die Kapitalbildung nicht einmal genügt, um die wachsende Bevölkerung damit zu versehen. Hier sind *Anleihen von außen* nötig, allein schon, um die Bevölkerung ernähren zu können.

Der Expertenbericht schaltet mit Recht den Gedanken ein, daß manche Länder weniger auf ausländische Hilfe angewiesen wären, wenn die reichen Länder nicht eine Außenhandelspolitik treiben würden, die den unterentwickelten Ländern schadet. Es sei hier nur an gewisse amerikanische Exportprämien erinnert auf Produkte, auf deren Export manche unterentwickelte Gebiete angewiesen sind, oder an die Subventionierung des eigenen Rüben-

zuckerbaus zum Schaden des Rohrzuckerbaus in Ländern, denen man nachträglich mit Krediten helfen will.

Es ist hier nicht Raum genug, um auf alle Vorschläge der Experten einzugehen, wie ausländisches Kapital mobil gemacht werden könnte. Wir beschränken uns daher auf einige Zahlen, die einen Überblick zu vermitteln suchen über die *Größenordnungen*, mit denen man es hier zu tun hat. Selbstverständlich kann es sich dabei nur um Schätzungen handeln. Auch diese sind erschwert, einerseits durch den Mangel an Statistiken und andererseits wegen der Ungewißheit des Ausmaßes der Bevölkerungsvermehrung.

Die Experten nehmen an, daß jährlich etwa 1 Prozent der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung aus der Landwirtschaft in die Industrie abwandert, eine Abwanderung, die eine Vorbedingung des wirtschaftlichen Fortschritts ist. Dadurch könnte in zahlreichen Ländern die industrielle Erzeugung um 10 Prozent pro Jahr gesteigert werden. In vielen Ländern würde eine Abwanderung in dieser Größenordnung allerdings nicht genügen, um die wegen der starken Bevölkerungsvermehrung absolut zu hohe Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu senken. Die Experten nehmen ferner an, daß im Durchschnitt für jede Person, die neu in der Industrie beschäftigt wird, ein Kapitalbetrag von 2500 Dollar benötigt wird. Das würde insgesamt einen Kapitalbedarf zum Ausbau der Industrie von 15 Milliarden Dollar pro Jahr ausmachen für alle unterentwickelten Gebiete zusammengekommen (wovon allein 70 Prozent für Asien). Hinzu kommen die zur Verbesserung der Landwirtschaft benötigten Beträge. Rechnet man damit, daß 1 Prozent des Volkseinkommens dieser Länder für den landwirtschaftlichen Beratungsdienst, die Forschung usw. ausgegeben werden müßte, ferner 3 Prozent pro Jahr als neu in der Landwirtschaft zu investierendes Kapital, so würde insgesamt ein Betrag von 3,9 Milliarden Dollar hinzukommen. Industrie und Landwirtschaft der unterentwickelten Gebiete benötigen unter diesen Annahmen also zusammen rund 19 Milliarden Dollar pro Jahr. Wenn man meint, das sei viel, erklären die Experten, so muß man sich daran erinnern, daß in den USA allein pro Jahr 25 bis 30 Milliarden netto investiert werden bei einer Bevölkerung, die nur einen Zehntel derjenigen der unterentwickelten Gebiete ausmacht.

Ein Teil dieser benötigten 19 Milliarden Dollar könnte aus den Ersparnissen des Landes selber kommen. Die Experten rechnen mit der Notwendigkeit eines Kapitalimportes von mindestens 10 Milliarden Dollar jährlich, um eine Erhöhung des Volkseinkommens der unterentwickelten Gebiete von 2 Prozent pro Kopf zu erreichen. Heute wird kaum der zehnte Teil dieses Kapitals flüssig gemacht. Wenn man von einer raschen Erhöhung des Lebens-

standards der Bevölkerung dieser Gebiete spricht, so muß man wissen, um welche Summen es geht. Sind solche Summen aufzubringen? Das Volkseinkommen Westeuropas, Australasiens, der USA und Kanadas zusammen beträgt etwa 350 Milliarden Dollar pro Jahr; 2 Prozent davon würden bereits 7 Milliarden Dollar ausmachen.

Die Kapitalhilfe brauchte natürlich nicht nur von Regierungen zu kommen, man kann auch an *private Kapitalinvestitionen* denken. Bisher haben solche vor allem in der Petroleumindustrie eine Rolle gespielt, abgesehen von Plantagen. Gewisse unterentwickelte Gebiete haben allerdings, verständlicherweise, privates ausländisches Kapital nicht gern. Sie befürchten eine ausländische Kontrolle wichtiger Teile ihrer Wirtschaft; auch ist privates ausländisches Kapital oft zu teuer oder es stellt sich überhaupt nicht zur Verfügung, wenn es nicht um rentable Anlagen geht, sondern um die mindestens so wichtigen Investitionen in Institutionen zur Volksbildung und zur Hebung der Volksgesundheit.

Für ausländisches Kapital gilt natürlich auch ganz allgemein, was gesagt wurde über die Gründe, die inländisches Kapital vor Investitionen abhalten, zum Beispiel ein mangelnder Schutz des Eigentums. Selbst wo der Schutz so gut wie möglich garantiert ist, kann keine Regierung sichern, daß die Profite ausgeführt werden oder das Kapital teilweise zurückgezogen werden kann, wenn nicht genügend Devisen vorhanden sind.

Wo die politischen Bedingungen günstig sind, wird Kapital investiert, wo solche fehlen, fehlt auch das Kapital. Die bekannte englische Wirtschaftszeitung «The Economist» stellt in einer Besprechung des Expertenberichts die Frage: «Von wie vielen der Länder Latein-Amerikas, des Mittleren Ostens und Südostasiens kann ehrlicherweise gesagt werden, daß dort politische Verhältnisse herrschen und voraussichtlich noch für eine Generation herrschen werden, unter denen Kapitalinvestitionen sich lohnen, selbst im weitesten Sinne dieses Wortes? Manche dieser Gebiete haben eine herrschende Klasse, die dem Fortschritt offen feindlich gesinnt ist, weil damit eine Aufteilung ihrer Ländereien verbunden wäre und sie einer direkten Besteuerung unterzogen würden. In fast allen diesen Gebieten führen auslandfeindliche Gefühle zu einer Ablehnung jeglicher Hilfe, die auch nur den Schatten einer ausländischen Kontrolle darüber, was mit dem Kapital gemacht wird, vermuten läßt. In manchen dieser Länder ist die Regierung unstabil, und Abmachungen, die mit einer getroffen werden, würden von ihrer Nachfolgerin nicht beachtet. Wenige von ihnen haben eine gute Verwaltung, und manche von ihnen sind korrupt. Die Vereinten Nationen können dies nicht offen aussprechen. Kann jedoch irgend jemand diese Tatsachen bestreiten? Gibt es

ein Land, in dem keine dieser Schwächen bestehen und das dennoch Schwierigkeiten hätte, Kapital für seine wirtschaftliche Entwicklung zu erhalten? Der beste Dienst, der Punkt vier geleistet werden kann, ist, offen zu sagen, daß es die unzulänglichen politischen Verhältnisse in den armen Ländern sind, die das größte Hindernis bilden für einen breiten Zustrom von Kapital und von technischer Hilfe aus den reichen in die armen Länder. Ob die reichen Länder etwas dazu tun können, dieses Hindernis zu beseitigen, ist eine weitgreifende Frage. Sicher ist, daß eher politische als wirtschaftliche Aktionen vonnöten wären . . . Eine Bemäntelung der entscheidenden Tatsache dient keinem guten Zweck, der Tatsache nämlich, daß viele der unterentwickelten Staaten nicht gut genug regiert werden, um eine großzügige Hilfe zu ermöglichen.»

Diesen scharfen Worten des «Economist» sei noch eine Bemerkung des Expertenberichts beigelegt: Er weist auf Länder hin, in denen eine dem Fortschritt feindliche, korrupte Clique herrscht, die vom Volk vielleicht hinweggefegt werden könnte, wenn sie keine fremde Hilfe erhielte. Durch solche Hilfe würde ihre Macht gefestigt. Können die Mitglieder der UNO in derartigen Fällen eine Unterstützung gewähren?

Die Ausführungen des Expertenberichts wie auch die Feststellungen des «Economist» mögen Pessimismus hervorrufen. Die Feststellung, daß es vor allem politische Gründe sind, die eine Hilfe an manche wirtschaftlich unterentwickelten Länder erschweren, darf jedoch kein Grund dafür sein, von solchen Hilfsaktionen abzusehen. Auch die Experten widmen zahlreiche Seiten ihres Berichts den Möglichkeiten dieser Hilfe. Nur wenn die tatsächlichen Schwierigkeiten klar erfaßt werden, können die Hilfspläne aus dem Stadium bloßer Utopien in den Bereich praktischer Verwirklichung gelangen. Keineswegs verringern die aufgezeigten Schwierigkeiten die *Verantwortung* der reichen Länder. Ganz im Gegenteil, insbesondere wenn man sich die Frage stellt, ob sie nicht auch ein wesentlicher Teil der Verantwortung für das Bestehen dieser Schwierigkeiten trifft.